

Josef Könning

Demokratiegefährdung und Religion. Internationale Perspektiven

Bericht zum 25. Werkstattgespräch der Arbeitsgemeinschaft Christliche Sozialethik in der Katholischen Akademie Berlin (24.–26. Februar 2025)

Der Aktualitätswert des Themas *Demokratiegefährdung und Religion* für das Werkstattgespräch der AG Christliche Sozialethik lag schon bei seiner Festlegung im Vorjahr auf der Hand. Die Zuspitzung der Ereignisse zu Beginn des Jahres 2025 sorgte jedoch für eine zusätzliche Dramatik, die mutmaßlich auch ein Grund für die enorme Teilnehmerszahl von über 50 Personen aus sozialetischer Wissenschaft und Praxis war. Die auch von Patriarch Kirill und der russisch-orthodoxen Kirche legitimierte „vollumfängliche Invasion Russlands in die Ukraine“ (Regina Elsner) jährte sich am 24. Februar 2025, dem Auftakt der Tagung, zum dritten Mal. Die Anfang 2024 im Raum stehende zweite Präsidentschaft Donald Trumps – tatkräftig unterstützt von einem Großteil US-amerikanischen katholischen Gläubigen sowie maßgeblich vorbereitet und getragen von evangelikalen Glaubensgeschwistern – ist seit dem 20. Januar 2025 Wirklichkeit. Die schon jetzt historische Rede des Vizepräsidenten J. D. Vance auf der Münchener Sicherheitskonferenz wenige Wochen später hallte noch nach.

Im Vorjahr nicht vorherzusehen war die vorgezogene Bundestagswahl in Deutschland just am Vortag zum Werkstattgespräch. Demokratiegefährdende Signale hatte schon der Wahlkampf durch Abstimmungen über einen migrationspolitischen Entschließungsantrag der CDU-/CSU-Fraktion gesendet, bei dem erstmals in der Geschichte des Bundestages mit Hilfe der Stimmen einer extrem rechten Partei eine parlamentarische Mehrheit erreicht wurde. Im 21. Bundestag ist die AfD mit doppelter Stärke vertreten. Und schließlich sorgte noch während des Werkstattgesprächs eine kleine Anfrage der Unionsfraktion für Aufsehen, in der mit 551 Fragen der besonders auch durch extrem rechte Kreise genährte Verdacht zum Ausdruck gebracht wurde, zivilgesellschaftlich engagierte Akteure gegen Rechtsextremismus würden maßgeblich durch Steuergelder finanziert. Wenn auch nicht explizit genannt durften sich wohl auch

kirchliche Verbände und Initiativen angesprochen fühlen, die sich als Teil der Zivilgesellschaft gegen Rechts exponieren.

Obwohl das Werkstattgespräch also in einem spannungsgeladenen Kontext stand, erlag die Tagung nicht dem Reflex, sich auf das tagespolitische Geschehen zu beschränken. Vielmehr sollten internationale, ökumenische und gesellschaftskritische Perspektiven auf die spezifische Beanspruchung oder Instrumentalisierung des Christentums für Gefährdungen und Infragestellungen von Demokratie geworfen werden. Den Auftakt bildete daher eine Annäherung von zwei Seiten. *Eva Buddeberg* (Wuppertal) und *Michelle Becka* (Würzburg) präzisierten im ersten Panel die Diagnose der Demokratiegefährdung. Buddeberg präsentierte eine Verteidigung des politischen Liberalismus im Anschluss an Pierre Bayle, einen französischen Philosophen des 17. Jahrhunderts, und den US-amerikanischen, zeitgenössischen Philosophen Charles Larmore. Ins Zentrum stellte sie ein robustes Konzept von Toleranz. Im Ausgang von der Einsicht in die epistemologische Unbeweisbarkeit von Glaubenswahrheiten (Bayle) bzw. Fragen des guten Lebens (Larmore) sollte in liberalen Gesellschaften darauf verzichtet werden, die eigenen Überzeugungen mit Gewalt durchzusetzen. Toleranz wird dabei zu einer Kardinaltugend, auf die jedoch nur setzen kann, wer selbst tolerant ist und sich also den Grundregeln eines friedlichen Zusammenlebens unterwirft. Ist das für Bayle vor dem Hintergrund des 30-jährigen Krieges der Verzicht auf Zwangsmision, gehören für Larmore auch die gleichberechtigte Mitbestimmung und die unverhandelbaren Garantien im Rahmen eines Grundkonsenses dazu. Gegenüber Intoleranz sei jedoch keine Toleranz gefordert, sondern geboten, entschieden Einhalt zu gebieten.

Weniger den Liberalismus als den Demokratiebegriff stellte Michelle Becka in den Fokus. Dabei referierte sie mit dem politischen Ökonomen Philipp Manow eine Kritik der liberalen Demokratie als hegemonialer Gestalt demokratischer Ordnungen. Dabei nehme er vor allem den Ausschluss des agonalen Moments für die Konstitution des Politischen in den Blick. Der Ausdruck von Unzufriedenheit in Form von Wahlerfolgen populistischer Parteien sei für Manow deshalb nicht per se antidemokratisch, sondern erscheine eher als „Gespenst der liberalen Demokratie“, die in den Umbrüchen der 1990er-Jahre in Ostmitteleuropa sowie bei der europäischen Integration zu sehr auf Konstitutionalisierung und Verrechtlichung statt auf politische Auseinandersetzung gesetzt habe. Während Becka der grundlegenden Bedeutung des Politischen etwas abgewinnen konnte, so äußerte sie doch einige Bedenken gegenüber dem Konzept Manows: Er unterschätze das ideologische Fundament des autoritären Populismus. Zudem wies sie darauf hin, dass Manows

Argumente sich bei autoritären Populisten selbst fänden und sich also die Frage nach den vorpolitischen Voraussetzungen des Politischen stelle, die Manow nicht hinreichend beantworten könne. Die anschließende Diskussion kreiste dann auch um die liberale Demokratie als umkämpften Begriff und als Projekt, das mit einer Gleichzeitigkeit von Hegemonie und Prekarität umgehen müsse. Insofern eröffnete die so profilierte Diagnose der Demokratiegefährdung auch die Frage nach Potenzialen demokratischer Kritik der Demokratie.

Im zweiten Panel wurde nun die Bedeutung von Religion im Rahmen von Demokratiegefährdung konkretisiert. Gegenstand der Diskussion war ein rechtes Christentum, dessen Themen, Facetten und Netzwerke beleuchtet wurden. *Philine Lewek* (Rostock) widmete sich dabei der Adressierung christlicher Topoi in der sog. Neuen Rechten, die diese im Rahmen von Projekten zur Erlangung von Hegemonie in gesellschaftlichen Diskursen verwende. Im Unterschied zu den eher neopaganen Prägungen bei Alain de Benoist, der zentralen Figur der französischen Nouvelle Droite, seien Bezüge auf das Christentum unterschiedlicher Konfessionen in der deutschsprachigen Szene heute selbstverständlich. Für die Analyse der neurechten Zugriffe auf christliche Topoi bot sie das Konzept der Deutungsmacht an, mit dem sichtbar gemacht werden könne, dass und vor allem wie Deutungen Spuren von Macht und somit das Potenzial enthielten, bestehende Bedeutungen und Ordnungen zu irritieren, zu stören und sogar zu revolutionieren. Am Beispiel des Samaritergleichnisses führte sie aus, wie neurechte Akteure Deutungsmachtkonflikte provozierten, indem sie in den flüchtlingspolitischen Kontroversen der vergangenen Jahre den biblischen Text dahingehend auslegten, dass die Hilfe des Samariters sich auf „Hilfe vor Ort“ beschränke – und somit also (Flucht-)Migration und die Solidarität mit Geflüchteten grundsätzlich illegitim seien. In der Auseinandersetzung gehe es zwar auch darum, auf der inhaltlichen Ebene zu widersprechen, also exegetische Engführungen und politische Vereindeutigungen zu benennen. Gleichzeitig müsse aber auch der Deutungsmachtkonflikt ernstgenommen und gestaltet werden.

Den transnationalen Netzwerken der christlichen Rechten ging *Gionathan Lo Mascolo* (Berlin) nach. Unter einer christlichen Rechten sei ein Zusammenhang zu verstehen, der sich durch LGBTIQA*-Feindlichkeit, Anti-Abtreibungspositionen, generelle Ablehnung des Islam, die Forderung kultureller Dominanz des Christentums im öffentlichen Raum sowie Untergangs- und Verschwörungserzählungen auszeichnet und sich teils zivilgesellschaftlicher, teils kirchlicher Organisationsstrukturen bedient. Ein besonders bemerkenswertes Element sei die Interkonfessionalität der christlichen Rechten, weil fundamentalistische Akteure bisher eher durch

Ablehnung von Ökumene aufgefallen seien. Diese „Ökumene von rechts“ sei aber vor allem durch gemeinsame Macht- und Finanzinteressen in einem globalen Kulturkampf verbunden; Einfluss gewannen sie vor allem durch ihre transnationale Zusammenarbeit. Ihre Netzwerke und ihre Finanzierung hätten sie inzwischen auch in staatliche Strukturen (z. B. in Ungarn oder Italien) ausgebaut. *Markus Vogt* (München) rekonstruierte wiederum die „Janusköpfigkeit von Religion“ und machte auf spezifisch katholische Potentiale der Demokratiegefährdung aufmerksam. Die antimodernistische Traditionslinie des 19. und 20. Jahrhunderts biete nach wie vor einen Fundus an demokratieverachtenden Einfallstoren, etwa in einem patriarchalen Menschenbild oder kultur-identitären Vorstellungen des Katholischen. Darüber hinaus könne aber auch die Erosion des Religiösen demokratiegefährdend wirken, weil damit einerseits auch gelebte und reflektierte Religion immer mehr wegbreche und andererseits das entstehende Vakuum von der Neuen Rechten gefüllt werde. Die anschließende Diskussion führte den Fokus auf die strategische, instrumentelle Ausrichtung der neuen wie der christlichen Rechten fort und warf die Frage nach möglichen Gegenstrategien auf.

Nach dieser Markierung des Feldes von Demokratiegefährdung und Religion vertieften drei Länderstudien (Polen, die USA und Russland) die aufgeworfenen Fragestellungen. Polen kann dabei als ein Beispiel der Umkehr autoritär-populistischer Entwicklungen gelten, bei dem noch nicht entschieden ist, wie die katholische Kirche sich zum Machtwechsel und den für sie bedeutsamen Veränderungen positionieren wird. *Maciej Hułas* (Lublin) führte dabei aus katholischer Perspektive in das Verhältnis von Religion und Politik in Polen ein und skizzierte die historischen Voraussetzungen der Staat-Kirche-Beziehungen, die zum Verständnis der aktuellen Entwicklungen unter der Koalition Donald Tusks berücksichtigt werden müssten. *Anja Hennig* (Frankfurt a. d. O.) warf einen politikwissenschaftlichen Blick auf Herausforderungen im Verhältnis von Kirche, Staat und Gesellschaft und präsentierte eine Medienanalyse zu Konfliktthemen sowie der Bedeutung des Regierungswechsels nach den Wahlen im Jahr 2023. Die polnische katholische Kirche sehe sich dabei mit einer erhöhten Konfliktbereitschaft von Teilen der Regierungskoalition konfrontiert und reagiere darauf ihrerseits mit einem eher konfrontativen Kurs. Dabei laufe sie Gefahr, die gesellschaftliche Säkularisierung zu übergehen und so weiter an Rückhalt zu verlieren.

Die USA präsentieren sich hingegen seit dem erneuten Amtsantritt Donald Trumps als eine Blaupause des von religiösen Rechten maßgeblich unterstützten und forcierten Abbaus einer liberalen Demokratie. *Hille Haker* (Chicago) rekonstruierte in ihrer Situationsanalyse den Aufstieg der MAGA-

Bewegung aus dem Gefühl der Missachtung in nennenswerten Teilen der US-amerikanischen Mittelschicht, das zunächst die Tea Party-Bewegung gebündelt und sich im Trumpismus ideologisch weiter gefestigt und in eine totalitäre Richtung radikalisiert habe. Die MAGA-Bewegung trete dabei mittlerweile selbst als Erlösungsreligion auf, die mit einer mythologisch aufgeladenen Freund-Feind-Unterscheidung arbeite. Inhaltlich kombiniere sie klassischen Autoritarismus mit Expansionismus – „von Grönland bis zum Mars“ –, Antisemitismus und dem Umbau des Staates zu einer Auto-Theokratie. Zwar habe ein Großteil der katholischen Gläubigen in den USA Trump unterstützt, doch rege sich auch Widerstand in den Kreisen, die traditionell der Bürgerrechtsbewegung naheständen. Die evangelikalischen Parteigänger Trumps analysierte *Matthew Taylor* (Baltimore) in historischer und organisatorischer Perspektive. Von zentraler Bedeutung sei die New Apostolic Reformation (NAR), die sich in besonderer Weise an der religiösen Legitimation der Agenda Trumps beteilige und in dieser ein Vehikel ihres langfristigen Ziels der Christianisierung der amerikanischen Demokratie erkenne.

Die Entwicklung der russischen Orthodoxie unter Patriarch Kirill beleuchteten *Regina Elsner* (Münster) und *Dmitry Uzlaner* (Berlin) und diskutierten dabei die Frage, inwiefern hier von einer Vereinnahmung des Christlichen gesprochen werden könne. Elsner sprach sich dafür aus, von Vereinnahmung im Sinne von Vereindeutigung moralischer und religiöser Positionen zu sprechen, die im Gegenzug nichts Anderes als legitim oder richtig akzeptieren könne und die vor allem dazu diene, politische Positionen mit religiöser Autorität auszustatten. In diesem Sinne greife die von Kirill geführte russische Orthodoxie selektiv auf Geschichte, auf religiöse Überlieferungen und auf Identitätsdiskurse zurück. Uzlaner machte demgegenüber stark, dass hier Menschen agierten, die ihrem Selbstverständnis nach christlich seien und mit aller institutionellen Macht ausgestattet eine Modifikation des russisch-orthodoxen Christentums vorantrieben. Dabei führten sie gezielt und strategisch einen Kulturkampf gegen den gottlosen Liberalismus mit seiner progressiven Agenda. Inzwischen fänden sich Menschen, die mit diesem Kampf sympathisierten oder ihn unterstützten, auch in der ganzen Welt. Insofern sei die Rolle von Religion in den Kulturkämpfen von rechts unbedingt zu beachten.

In parallel stattfindenden Workshop-Sessions standen weitere Aspekte der Demokratiegefährdung durch Religion auf dem Programm. Dabei ging es um das Einsickern autoritären Denkens in den gesellschaftlichen Mainstream und die Entstehungsbedingungen autoritären Driftens in bürgerlichen Kreisen, um Demokratieverständnisse in der Kirche sowie um rechtskatholische Liberalismuskritik in den USA. Der von Regina Elsner

moderierte öffentliche Abend stand im Zeichen des Krieges gegen die Ukraine und widmete sich den Grenzen und Möglichkeiten der Kirchendiplomatie, die *Heinrich Bedford-Strohm* (Genf), *Katharina Kunter* (Helsinki), *Thomas Bremer* (Münster) und *Viktor Yelenskyi* diskutierten, der aus Kyiw angereist war und mit anhaltendem Applaus im voll besetzten Auditorium der Akademie begrüßt wurde.

Im abschließenden Panel richteten *Matthias Möhring-Hesse* (Tübingen) und *Walter Lesch* (Louvain-la-neuve) das Augenmerk auf die Bedeutung von Solidaritätsverhältnissen für die Sicherung oder Gefährdung von Demokratie. Beide zeigten sich eher zurückhaltend in Bezug auf allzu hohe Erwartungen an die demokratisierende Kraft des Ausbaus von solidarischen Strukturen. Vielmehr komme es, so Möhring-Hesse, im Angesicht einer fortlaufenden De-Evolution von Demokratie auf die konkrete Ausgestaltung von Solidarität unter Demokrat*innen an, die etwas anderes meine als demokratische Solidarität aller Bürger*innen als auch die aus partikularen Interessen erwachsenden politischen Solidaritäten. Solidarität unter Demokrat*innen müsse über gegensätzliche Interessen hinweg organisiert und zugleich müssten eben genau diese Gegensätze im demokratischen Streit ausgetragen werden. Gegenüber den Feinden der Demokratie müsse sich diese Solidarität durch scharfe Ab- und Ausgrenzung als reaktive Gegensolidarität formieren. Dies bedeute auch, dass populistische Positionen nicht von demokratischen Kräften übernommen werden dürften. Gleichwohl musste er einräumen, dass diese Solidarität unter Demokrat*innen hochgradig prekär sei, weil es hohe Anreize gebe, sie für Stimmengewinne bei populismusaffinen Wählenden aufzukündigen.

Lesch rekapitulierte noch einmal die im Laufe der Tage mehrfach geäußerte Wahrnehmung, die Rede von Demokratiegefährdung nehme sich vor dem Hintergrund der jüngsten Entwicklungen geradezu euphemistisch aus. In Bezug auf die Möglichkeiten einer solidarischen Praxis machte er vor allem die Notwendigkeit einer Solidarisierung mit Menschen stark, die Opfer von und vor allem in illiberalen Systemen werden. Ohne eine solche Solidarität sei auch Freiheit nicht zu denken, wenngleich umgekehrt auch solidarisches Denken und Handeln einen reflexiven Bezug auf Freiheit benötigten, um nicht selbst illiberal und exklusiv zu werden. In der Diskussion kam noch einmal die Frage auf, welche Rolle Solidarität für populistische, extrem rechte Akteure – Parteien, Wählende und Vordenker – spiele: Werde der gefühlte Solidaritätsmangel nur negativ und von rassistischem Ressentiment getrieben projiziert auf die Solidarität der *Anderen* (die Großfamilien oder die Muslime) oder werde sie vielmehr kanalisiert durch eine exkludierende Solidarität für alle Zugehörigen?

In der Abschlussdiskussion kamen die ambivalenten Gefühle zur Sprache, die das von Regina Elsner, Jonas Hagedorn, Markus Vogt und Elisabeth Zschiedrich organisierte Werkstattgespräch ausgelöst hatte. Das „depressive Grundrauschen“, das einige zwischenzeitlich empfunden hatten, wurde schnell überführt in die Suche nach Handlungsoptionen – als wissenschaftliche Disziplin wie auch mit Blick auf kirchliche Praxis in der Zivilgesellschaft. Ein Pfad führte zu den sozialen Bewegungen im Einsatz für Klimagerechtigkeit, Menschenrechte und gerechtere Ressourcenverteilung, die Gegenerzählungen zu den Narrativen der Neuen Rechten artikulierten. Ein anderer verwies auf die materiellen Voraussetzungen von demokratischer Partizipation. Soziale Teilhabe und ein Sinn für die Gemeinwidmung von Gütern seien unabdingbar für demokratisches Zusammenleben und die Zustimmung zu demokratischen Ordnungen. Folgerichtig widmet sich das nächste Werkstattgespräch dem Thema „Soziale Infrastrukturen und Gemeinwohlökonomie“ und findet vom 16. bis 18. Februar 2026 statt.

Über den Autor

Josef M. Könnig, Dr. theol., Bildungsreferent in der Katholischen Bildungsstätte Haus Ohrbeck, u. a. mit den Schwerpunkten Ethische und Politische Bildung. Email: j.koenning@haus-ohrbeck.de.